

Sitzung vom 30. März 2022

**508. Anfrage (Mental Health bei Kindern und Jugendlichen:
Zeit zum Handeln)**

Die Kantonsrätinnen Jeanine Vannaz, Aesch, und Kathrin Wydler, Wallisellen, sowie Kantonsrat Lorenz Schmid, Männedorf, haben am 10. Januar 2022 folgende Anfrage eingereicht:

Gemäss dem UNICEF Mental Health Report sind 1/3 der 14-19-Jährigen von psychischen Problemen betroffen. Jede elfte Jugendliche, jeder elfte Jugendliche hat bereits versucht, sich das Leben zu nehmen, davon die Hälfte mehrere Male. Nur 3% wenden sich an Fachpersonen des Gesundheits- oder Bildungsbereiches. Die Covid-19-Pandemie hat die psychische Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen weiter verschlechtert, wie diverse Studien und Auswertungen nahelegen.

Der Kanton Zürich hat den Kinderschutzradar entwickelt, um zeitnah an Informationen zu gelangen. Dabei werden staatliche und private Organisationen zum Angebot befragt und Einschätzungen abgeholt, wie es Kindern, Jugendlichen und Familien geht. Der aktuelle Kinderschutzradar vom November 2021 bestätigt, dass die Nachfrage in der Kinder- und Jugendpsychiatrie alarmierend hoch ist. Im Kanton Zürich gibt es ein grosses Angebot an Behandlungsmöglichkeiten. Doch die stationäre und ambulante Versorgung von psychisch kranken Kindern und Jugendlichen war bereits vor Corona knapp und hat sich nun weiter verschärft.

Bei den ambulanten psychiatrischen Behandlungen haben sich seit 2019 im Kanton Zürich die Notfallkonsultationen fast verdoppelt und die Wartezeiten haben sich im Jahre 2021 noch einmal deutlich verschlechtert zum Vorjahr. Im stationären Bereich hat die Regierung bereits Massnahmen eingeleitet, um die Zahl der stationären Betten zu erhöhen. Damit sich die Lage auch in Zukunft nicht weiter verschlechtert, muss die Politik handeln, sonst drohen ähnliche Zustände wie im Kanton Bern oder Aargau, wo man die Kliniken beinahe schliessen musste, da die Kliniken überfüllt waren und aufgrund akuter Überforderung das Personal reihenweise kündete.

Wir sind kurz- wie auch längerfristig dazu verpflichtet, weitere Massnahmen zu ergreifen, um eine ausreichende Versorgung zu Verfügung zu stellen!

Aus diesen Gründen bitten wir den Regierungsrat, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Kinder- und Jugend-Psychiater sind im Kanton Zürich pro 1000 Jugendliche beruflich tätig? Ist ein Vergleich mit anderen Kantonen möglich, korrigiert um den Faktor der Zentrumsfunktion des Kantons Zürich?
2. Wie viele an einer psychischen Erkrankung leidende jugendliche und minderjährige Patienten nehmen jährlich ambulante und stationäre psychiatrische Dienste in Anspruch, wie hat sich die Zahl in den letzten 10 Jahren seit der Einführung des SPFG entwickelt?
3. Wie schätzt der Regierungsrat die Zunahme und die Entwicklung der an einer psychischen Erkrankung leidenden Kinder und Jugendlichen in den Corona-Jahren 2020 und 2021 ein?
4. Inwiefern konnten die getroffenen Massnahmen gemäss RRB 598 vom 2. Juni 2021 hinsichtlich Wartezeit schon zu einer Verbesserung führen?
5. Gibt es Kennzahlen über die Verlaufsschwere der hilfsbedürftigen Kinder und Jugendlichen, welche keine Hilfe erhalten, keinen Platz finden oder aus Platzmangel in eine Erwachsenen-Psychiatrie eingeliefert werden müssen?
6. Welche Erfahrungen gibt es über die Rückfälligkeit bei Kindern und Jugendlichen, welche in den erwachsenen Psychiatrien aufgenommen werden mussten, im Vergleich zu jenen auf einer auf Kinder spezialisierten Station?
7. Mit welchen präventiven Massnahmen versucht der Kanton die Anzahl der an einer psychischen Erkrankung leidenden minderjährigen und jugendlichen Patienten zu verringern?
8. Welche Massnahmen plant der Kanton Zürich, um genügend Fachpersonal auszubilden und zu rekrutieren, damit die Grundversorgung der Kinder- und Jugendpsychiatrie sichergestellt werden kann?

Auf Antrag der Gesundheitsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Janine Vannaz, Aesch, Kathrin Wydler, Wallisellen, und Lorenz Schmid, Männedorf, wird wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Gemäss Statistik des Berufsverbands der Schweizer Ärztinnen und Ärzte FMH waren 2021 insgesamt 137 Kinder- und Jugendpsychiaterinnen und -psychiater im Kanton Zürich tätig. Pro 1000 Kindern und Jugendlichen entspricht dies einem Wert von rund 0,5. Damit liegt der Kanton Zürich etwa im Schweizer Durchschnitt. Die Anzahl Kinder- und

Jugendpsychiaterinnen und -psychiater der anderen Kantone können der Schweizer Ärztestatistik entnommen werden: aerztestatistik.myfmh2.fmh.ch.

Zu Frage 2:

Die Inanspruchnahme psychiatrischer Dienste durch Kinder und Jugendliche mit Wohnort im Kanton Zürich ist in den letzten Jahren gestiegen. Während im Jahr 2012 495 minderjährige Patientinnen und Patienten stationär behandelt wurden, lag diese Zahl im Jahr 2020 bei 858. Dies entspricht einem Zuwachs von 73%, wobei der grösste Anstieg zwischen 2019 und 2020 mit einem Plus von 19% bzw. 136 zusätzlichen minderjährigen Patientinnen und Patienten zu verzeichnen war. 2020 ist deshalb auch die Anzahl Jugendlicher, die aus Platzmangel in eine Erwachsenenpsychiatrie aufgenommen werden mussten, erstmals seit dem Ausbau des stationären psychiatrischen Angebots für Kinder und Jugendliche im Kanton wieder gestiegen.

Im ambulanten Bereich ist eine Auswertung der Fallzahlen über verschiedene Kliniken hinweg nicht möglich, da eine einheitliche Definition fehlt, wie solche Fälle genau zu erheben sind. Gemäss Informationen der Kliniken zeigen die Zahlen 2020 aber auch im ambulanten Bereich einen deutlichen Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. 2021 war eine weitere Zunahme zu verzeichnen. Eine Stabilisierung der Inanspruchnahme psychiatrischer Leistungen ist noch nicht ersichtlich.

Zu Frage 3:

Während der Coronapandemie nahmen die psychischen Belastungen von Kindern und Jugendlichen erheblich zu. Dies zeigt auch das Update des Pro Juventute Corona-Reports vom November 2021 (projuventute.ch/de/update-corona-report). Demnach geben 55% der 16- bis 24-Jährigen an, dass sich die Coronapandemie im ersten Halbjahr 2021 negativ auf ihre Stimmungslage ausgewirkt hat. Dies sind deutlich mehr als in der Gesamtbevölkerung (40%). Verschiedene Befunde weisen darauf hin, dass sich das psychische Wohlbefinden bei jungen Frauen stärker verschlechtert hat als bei jungen Männern.

Bei Kindern und Jugendlichen zeigen sich verschiedene Ängste bis hin zu depressiven Symptomen. Aspekte wie Einsamkeit oder psychische Gesundheit werden in den Beratungen des Beratungstelefons 147.ch von Pro Juventute deutlich stärker thematisiert. Beratungen zum Thema Suizidgedanken haben im Vergleich zum Vorjahr um 40% zugenommen. Beim Notfalldienst der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK) hat sich die Anzahl Notfallkontakte 2020 im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt, wobei vor allem die Häufigkeit von emotionalen Störungen, Suizidgedanken und Selbstverletzungen signifikant angestiegen ist. Ebenfalls zugenommen hat die Anzahl Kinder und Jugendlicher auf

den pädiatrischen Notfallstationen des Universitäts-Kinderspitals Zürich (Kispi) und des Kantonsspitals Winterthur (KSW) aufgrund von Suizidalität, Selbstverletzungen oder Intoxikation. Deutlich mehr dieser minderjährigen Patientinnen und Patienten mussten notfallmässig in eine psychiatrische Klinik eingewiesen werden.

Zu Frage 4:

Der Regierungsrat hat im Juni 2021 ein Massnahmenpaket zur Verbesserung der angespannten psychiatrischen Versorgungssituation für Kinder und Jugendliche im Kanton Zürich beschlossen (vgl. RRB Nr. 598/2021). Dank der umgehenden Bereitstellung stationärer Kapazitäten der Modellstation Somosa für reguläre jugendpsychiatrische Aufenthalte, der Erweiterung des stationären Angebots für Kinder und Jugendliche an der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland und am KSW sowie dem für 2022 geplanten neuen Kriseninterventionszentrum der PUK sollte bis Ende Jahr ein deutlich positiver Effekt für die stationäre Versorgungssituation eintreten. Mit diesen Massnahmen sollten sich die Wartezeiten für eine stationäre Behandlung – trotz anhaltendem Zuweisungsdruck – wesentlich verkürzen und auch die notfallmässige vorübergehende Platzierung von Jugendlichen in der Erwachsenenpsychiatrie wieder massgeblich reduzieren.

Zur Entlastung im ambulanten Bereich wurden die Personalbestände des Konsiliar- und Liaisondienstes des Kispi, des Sozialpädiatrischen Zentrums des KSW und der Ambulatorien für Kinder und Jugendliche der PUK ausgebaut. Diese Massnahmen haben teilweise zu einer leichten Entlastung beigetragen. Da jedoch die Inanspruchnahme seit dem Regierungsratsbeschluss vom 2. Juni 2021 noch weiter gestiegen ist und sich die vollständige Umsetzung der Stellenerweiterung aufgrund des Fachkräftemangels verzögert, konnten die Wartezeiten im ambulanten Bereich mit den getroffenen Massnahmen bisher noch nicht wesentlich verbessert werden. In diesem Jahr werden weitere ambulante Kapazitäten geschaffen, z. B. im Rahmen des neuen Kriseninterventionszentrums der PUK.

Der Regierungsrat plant gemäss der provisorischen Spitalliste 2023 durch die Vergabe von Leistungsaufträgen an einen zusätzlichen Spitalstandort, die Clenia Littenheid AG in Oetwil a. S., die stationäre Versorgung im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie weiter auszubauen.

Zu Fragen 5 und 6:

Wissenschaftliche Studien zeigen, dass psychiatrische Erkrankungen, die über eine längere Zeit nicht behandelt werden, einen negativen Einfluss auf die persönliche Langzeitentwicklung der Kinder und Jugendlichen haben. Je länger die Wartezeit für eine Abklärung und Behand-

lung ist, umso mehr wirkt sich dies auf die Prognose aus. Um Jugendliche, die aus Platzmangel in die Erwachsenenpsychiatrie eingewiesen werden, dennoch bestmöglich zu versorgen, hat die PUK einen interdisziplinären Konsiliardienst für erwachsenenpsychiatrische Stationen aufgebaut (vgl. RRB Nr. 598/2021).

Zudem wird möglichst schnell ein geeignetes Setting organisiert. Sollte in der Zwischenzeit ein Platz frei werden, kann eine Verlegung auf die Jugendstation organisiert werden, oder es wird eine ambulante bzw. tagesklinische Betreuung organisiert.

Zu Frage 7:

Der Kanton Zürich entwickelt, fördert und koordiniert eine breite Palette an Angeboten zur Stärkung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und setzt sich in Form von Kampagnen für deren Bekanntmachung ein. Im Auftrag der Gesundheitsdirektion hat die Abteilung Prävention und Gesundheitsförderung Kanton Zürich des Instituts für Epidemiologie, Biostatistik und Prävention der Universität Zürich das kantonale Programm «Psychische Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen» lanciert. Dieses hat eine nachhaltige Stärkung der psychischen Gesundheit junger Menschen zum Ziel und richtet sich an den Vorschulbereich, an Schulen, Freizeitbereiche und Gemeinden (vgl. RRB Nr. 1216/2020).

Das Amt für Jugend und Berufsberatung etwa bietet mit seinen 14 Kinder- und Jugendhilfezentren Ansprechstellen für Eltern an, so auch, wenn sie sich Sorgen bezüglich der psychischen Belastungen ihrer Kinder machen. Für diese Beratungen besteht je nach Region keine oder nur eine sehr kurze Wartezeit.

Die Mittel- und Berufsfachschulen verfügten bisher über kein professionelles schulinternes psychosoziales Beratungsangebot. Die Bildungsdirektion hat daher an mehreren Mittelschulen eine interimistische, zeitlich beschränkte Lösung für Schulsozialarbeit bewilligt. An den Berufsfachschulen wurde das bereits bestehende Konzept der fachkundigen individuellen Begleitung erweitert und auf EFZ-Lernende ausgedehnt. Um diese Angebote auch zukünftig bedarfsgerecht konzipieren und flächendeckend sichern zu können, erarbeitet die Bildungsdirektion zurzeit die rechtlichen Grundlagen für die Einführung von unterstützenden (Beratungs-)Dienstleistungen an den Schulen der Sekundarstufe II. Vorgesehen sind lösungsorientierte psychosoziale Angebote zur Unterstützung der Jugendlichen.

Daneben bestehen auch Angebote und Projekte der Stellen für Suchtprävention im Kanton Zürich sowie von weiteren, häufig regionalen Akteuren wie Jugendberatungsstellen.

Zu Frage 8:

Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Fachpersonal im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie bestanden bereits vor der Pandemie. Neben Fachärztinnen und Fachärzten sind für die psychiatrische Versorgung auch genügend Pflegepersonal sowie Psychologinnen und Psychologen zentral. Zurzeit werden kantonsintern verschiedene, weitere Massnahmen zur Förderung dieser Berufsgruppen geprüft. Die Gesundheitsdirektion steht dabei auch in einem regelmässigen Austausch mit den Kliniken und weiteren Akteuren. Gleichzeitig hat der Bundesrat auf nationaler Ebene die Arbeiten zur Umsetzung der Pflegeinitiative in Angriff genommen.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Gesundheitsdirektion.

Vor dem Regierungsrat
Die Staatsschreiberin:
Kathrin Arioli